

Die Linke Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Margot-Friedländer-Platz • 10117 Berlin

Bündnis soziales Berlin  
c/o ver.di Berlin  
Am Bahnhof Westend  
14059 Berlin

[info@buendnissoziales.berlin](mailto:info@buendnissoziales.berlin)

Berlin, den 29. Juni 2026

Liebe Engagierte im Bündnis Soziales Berlin,

vielen Dank für den offenen Brief.

Zunächst möchten wir ihnen für ihren Einsatz für ein soziales Berlin danken. Schon bei den vergangenen politischen Auseinandersetzungen über den Haushalt hat das Bündnis Soziales den Protest wiederholt vor das Abgeordnetenhaus getragen. Mit ihrer Unterstützung ist es daher gelungen, zumindest die größten Kürzungen abzuwenden. Genauso wichtig ist es jetzt, dass sie weiter für den nachhaltigen Erhalt der sozialen Infrastruktur eintreten.

Berlin ist eine Stadt extremer sozialer Gegensätze: Während Vermögen und Reichtum in Berlin wachsen (die Zahl der Einkommensmillionäre in Berlin hat sich innerhalb eines Jahrzehnts verdreifacht), nehmen Armut, soziale Ausgrenzung und Einsamkeit immer weiter zu. Hohe Mieten, prekäre Beschäftigung, steigende Lebenshaltungskosten und unzureichende Sozialleistungen führen dazu, dass immer mehr Menschen kaum über die Runden kommen. Die Armutsquote in Berlin ist laut dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands 2026 im letzten Jahr deutlich auf 18,7 % angestiegen und liegt damit über dem Bundesschnitt von 16,1 %.

Gleichzeitig geraten die sozialen Hilfestrukturen zunehmend durch immer unsichere Finanzierungsbedingungen, insbesondere bei den Tarifmitteln für ihre Angestellten aber auch durch die übrigen steigenden Kosten, unter Druck. Sozialämter sind überlastet, Beratungsangebote zersplittet und viele Menschen wissen nicht, welche Unterstützung ihnen zusteht. Hinzu kommen geplante, diskutierte oder bereits umgesetzte Kürzungen und Reformen auf Bundesebene in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Rente, Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe. Diese Kürzungen schwächen die soziale Absicherung.

Wer auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, muss künftig häufig mit höheren finanziellen Belastungen, strengeren Anspruchsvoraussetzungen oder geringeren Leistungen rechnen. Dadurch steigt das Risiko von Armut, sozialer Ausgrenzung und ungleichen Lebenschancen.

Vor diesem Hintergrund sind wir stärker denn je auf die von Wohlfahrtsverbänden und gemeinnützigen Trägern getragene soziale Infrastruktur angewiesen. Aktuell können Menschen in Berlin, die von Armut, sozialer Ausgrenzung oder gesundheitlichen und sozialen Beeinträchtigungen betroffen sind, noch auf ein berlinweites Netz zurückgreifen, das sie auffängt, berät, begleitet und im Alltag stabilisiert. Dieses Netz bietet Unterstützung bei der Sicherung von Wohnraum, hilft bei der Bewältigung persönlicher Krisen, vermittelt zu spezialisierten Hilfen, eröffnet Zugänge zu medizinischer Versorgung und psychosozialer Betreuung und stärkt Betroffene dabei, wieder eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Zu dieser sozialen Infrastruktur gehören die unabhängigen Sozialberatungen, die Schuldner- und Insolvenzberatungen, die Beratungen für gute Arbeit und Erwerbslose, Stadtteilzentren, Jugend-, Senior\*innen- und Familientreffs und viele weitere Angebote, die Menschen dabei unterstützen, an der Gesellschaft teilzuhaben und das Leben in Berlin so lebenswert wie möglich zu machen. Unser erklärtes Ziel ist es, diese soziale Infrastruktur zu erhalten und bedarfsorientiert weiter auszubauen. Daher fordert Die Linke schon seit längerem einen Pakt mit den sozialen Trägern und den Wohlfahrtsverbänden. Unser Ziel war und ist es, in der angespannten Haushaltssituation, Sicherheit zu bieten. Der „Pakt mit den sozialen Trägern“ beschreibt also eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Senat und den sozialen Trägern zur langfristigen Sicherung der sozialen Infrastruktur in unserer Stadt.

Unser Vorschlag beinhaltet zum Beispiel eine dynamische Mindestfinanzierung, die den Trägern eine Planbarkeit garantiert. Die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts muss deutlich energischer vorangetrieben werden, hier wurde in der Umsetzung leider Zeit verschenkt. Dazu gehört ebenso die mehrjährige Projektförderung für zuwendungsfinanzierte Projekte. Unser Vorschlag beinhaltet zudem die Vergabe von landeseigenen Immobilien im Erbbaurecht an soziale Träger, die Ermöglichung der effizienteren Nutzung vorhandener öffentlicher Räume und Unterstützung bei der Raumsuche sowie die Fortführung der Tarifangleichung bei freien Trägern auf das Niveau der Landesbeschäftigten und Unterstützung zur Tarifbindung für die Beschäftigten im Zuwendungsbereich und auch in der Entgeltfinanzierung. Damit Tarifanpassungen auch bei den Beschäftigten von sozialen Trägern ankommen, wollen wir wieder eine zentrale Tarifmittelvorsorge einrichten.

Die Haushaltslage insgesamt ist schwierig und auch wir können gewisse Dinge zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös zusichern. Was wir aber zusichern können, ist, dass wir keine leeren Versprechungen machen und in jedem Fall die Prioritäten anders als der bisherige Senat setzen werden. Soziales steht für uns ganz oben und wir werden nicht zulassen, dass wachsende Personal-, Miet- und Energiekosten die soziale Infrastruktur langsam aufzehren. Wir wollen nach der Wahl gemeinsam mit den sozialen Trägern und den Wohlfahrtsverbänden die Herausforderungen angehen und einen Prozess starten, der statt in Kürzungspolitik in einer gestärkten sozialen Infrastruktur mündet – denn nur mit der sozialen Infrastruktur kann gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen gewährleistet und solidarisches Zusammenleben in der Stadt dauerhaft gesichert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Anne Helm



Tobias Schulze